

zurückstellten, um den Aufbau eines demokratischen Sozialismus nicht zu gefährden, den sie nur mit der Einheit der linken Parteien glaubten verwirklichen zu können – ein Gedanke, der bis 1948 wirksam sein sollte. Mit Fortdauer der Zusammenarbeit im Rahmen der Nationalen Front wurde auf breiter Ebene die Forderung nach deutlicher Abgrenzung von der KPTsch allmählich lauter. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt auf dem Brünner Parteitag vom November 1947, der als Unabhängigkeitsbeweis verstanden wurde. Zu Beginn 1948 schließlich glaubte man, die Demokratie gegen die KPTsch verteidigen zu müssen. Politisch folgenreicher jedoch erwies sich letztlich die Inhomogenität der Positionen gegenüber den Kommunisten, wobei nach K. die sogenannte „Linke“ keine eigenständige Gruppe darstellte, sondern sich von der KPTsch instrumentalisieren ließ.

Somit ist das Bild, welches die tschechoslowakische Sozialdemokratie bis zur Fusion mit der KPTsch bzw. bis zu ihrem Existenzverlust im Juni 1948 bot, von mehreren politischen Fehleinschätzungen, der Entfernung von der eigenen Tradition sowie fehlender Geschlossenheit geprägt. Immerhin begab sie sich freiwillig in den Einflußbereich der Sowjetunion, deren Hauptfeind bis zum Beginn des deutsch-russischen Krieges nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie war. Widerstand gegen das von der KPTsch angestrebte Machtmonopol war somit von vorneherein konterkariert. In direktem Zusammenhang dazu steht die generelle Fehleinschätzung der KPTsch hinsichtlich ihrer Ziele und ihrer Taktik, der die Sozialdemokratie aber mit den Methoden einer bürgerlichen Demokratie begegnete.

Je mehr K. die internen Probleme und den zunehmenden Differenzierungsprozeß der Sozialdemokratie darstellt, desto mehr wird sein Buch Arbeit zu einer Aufarbeitung der vielfältigen taktischen Vorgehensweisen der KPTsch zur Realisierung ihres Machtstrebens. Hauptinstrument war die Spaltung der in der Nationalen Front beteiligten Parteien in zwei Blöcke sowie die Spaltung der Sozialdemokratie selbst. Das Spektrum der dafür verwandten Mittel war breit und endete schließlich, nachdem die KPTsch infolge der Februarereignisse von 1948 das uneingeschränkte Machtmonopol erlangt hatte, mit dem Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ bzw. der Verfolgung von Sozialdemokraten.

Die Arbeit K.s ist ein wesentlicher Beitrag zur entscheidenden Phase der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte. Ihr Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten, Beschaffenheit und Wirkung der von beiden Parteien gestalteten Volksdemokratie sind weniger miteinbezogen. Eine Bereicherung stellen die vom Herausgeber Georg J. Loewy vorgenommenen redaktionellen Fußnoten dar, die Ergänzungen beinhalten oder K.s Aussagen kritisch relativieren. Als Beispiel seien genannt die Nichterwähnung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP, S. 36), die Einordnung Fierlingers (S. 25) oder die Rolle des Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer (S. 29). Wünschenswert wäre, von der Gleichsetzung der gesamten sozialdemokratischen Partei mit dem Parteivorstand und Präsidium Abstand zu nehmen, um mittels einer stärkeren Berücksichtigung der lokalen Organisationen differenziertere Erkenntnisse von den Vorgängen zu erhalten. Nur so scheint es möglich zu erfahren, wie „die Partei“ zur Fusion stand.

Marburg

Marlis Sewering-Wollanek

Études historiques hongroises 1985. Publiées à l'occasion du XVI^e Congrès International des Sciences Historiques par le Comité National des Historiens Hongrois. 3 Bde. Akadémiai Kiadó. Budapest 1985. 728, 694, 216 S.

Seit 1955 legen die ungarischen Historiker zu jedem Internationalen Historikerkongreß eine umfangreiche Sammelpublikation vor, um mit ausgewählten Beispielen die

internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit über die jüngsten Ergebnisse der Geschichtsforschung in Ungarn zu unterrichten.¹ Die hier anzuzeigenden Bände, die aus Anlaß des Treffens in Stuttgart (1985) erschienen sind, enthalten 65 Beiträge, von denen genau die Hälfte, 33, in deutscher, 24 in englischer und 7 in französischer Sprache verfaßt sind; ein einziger Text ist russisch geschrieben. In den weitaus meisten Aufsätzen, 54, werden Einzelheiten der ungarischen Geschichte erörtert, wobei solche des 20. Jhs. besonders häufig berücksichtigt werden (30). Im folgenden sollen die Leser der ZfO auf einige Studien hingewiesen werden, in denen Zustände und Entwicklungen der ungarischen Vergangenheit in außerungarische oder gar europäische Zusammenhänge eingeordnet oder mit ähnlichen Situationen und Vorgängen außerhalb des eigenen Landes verglichen werden.

Ferenc Szakály erklärt die rasche Ausbreitung der Reformation im soeben – seit 1521: Fall Belgrads – türkisch gewordenen Ungarn einleuchtend damit, die osmanische Führung habe keinen Anlaß gehabt, diesen bereits im Gang befindlichen Prozeß zu behindern oder gar zu unterbrechen. Nach den günstigen Erfahrungen, die sie mit der Autokephalie auf dem schon früher unterworfenen Balkan gemacht habe, habe sie vielmehr gehofft, durch die Kooperation mit den neuen Kirchen auch hier ihre Herrschaft konsolidieren zu können; anders als Katholiken seien evangelisch gewordene Christen nämlich nicht an ein geistlich-administratives Zentrum außerhalb des osmanischen Reiches gebunden. Interessant sind die Hinweise auf die engen Beziehungen Melancthons, aber auch der schweizerischen Reformatoren zu den neuen Gemeinden im türkischen Ungarn (II, S. 437–458). – Den ungarischen Charakter der Patrimonialgerichtsbarkeit, die es auch anderswo im alten Europa gegeben hat, erläutert István Kállay. Er stützt sich dabei vor allem auf das Material aus den Archiven der ehemaligen Gutsherrschaften, das erst seit dem Zweiten Weltkrieg, als Folge der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Land, der Forschung zur Verfügung steht. Dieses feudale Institut besaß, wie K. nachweist, nicht nur straf-, sondern auch zivilrechtliche Kompetenzen. Die meisten Kriminalverfahren beschäftigten sich mit Diebstahl und Raub, die meisten Zivilverfahren mit Erbstreitigkeiten. Daß gerade über die materielle Hinterlassenschaft von Untertanen so häufig entschieden werden mußte, deutet nach K. darauf hin, daß auch in dieser sozialen Unterschicht beträchtliche Vermögenswerte erworben werden konnten (I, S. 501–520). – Unmittelbar nach dem Berliner Kongreß versuchte die habsburgische Staatsführung, noch bestehende Lücken im Donaustatut zu einer Erweiterung des eigenen Einflusses auf die Kontrolle über die internationalisierten Abschnitte dieses Stromes zu nutzen, vornehmlich zum Nachteil der kleinen Anrainerländer Rumänien, Bulgarien und Serbien. Unter Auswertung von Wiener und Budapester Archivalien berichtet Emil Palotás über die diplomatischen Vorstöße, die in dieser Absicht oder zu deren Verhinderung unternommen wurden, und sieht in der Tatsache, daß das habsburgische Projekt nur zum Teil verwirklicht werden konnte (1883), ein Indiz für die größer gewordene Bedeutung der Balkanstaaten (II, S. 161–183).

Zwar kämpfte seit dem letzten Viertel des 19. Jhs. auch in Ungarn die Arbeiterbewegung für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, doch gelang es ihr hier, anders als in Cisleithanien, nicht, diese Forderung durchzusetzen. Mit den Diskussionen über dieses Postulat in der ungarischen Sozialdemokratie und deren Aktionen zu seiner Realisierung beschäftigt sich Tibor Erényi. Solche Aktionen konnten nur außerparlamentarischer Art sein – Publizistik, Straßendemonstrationen, Streiks –, weil die Wahl von Sozialdemokraten zu Reichstagsabgeordneten durch das geltende Stimmrecht verhindert wurde. Den Mißerfolg der sozialdemokratischen Wahlagitation erklärt E. da-

1) Vgl. die Rezensionen in ZfO 21 (1972), S. 581f., und 27 (1978), S. 173f.

mit, daß sich die politische und gesellschaftliche Situation in Ungarn von der in der westlichen Reichshälfte erheblich unterschieden habe (I, S. 195–219). – Eine knappe, aber sehr instruktive und überzeugend kommentierte Zusammenstellung der alliierten Kriegsziele, so wie diese von den Führungen der Ententestaaten seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, zunächst oft im Gegensatz zueinander, entwickelt wurden, legt József Galántai vor. Mit Recht weist er darauf hin, daß man wegen der schon seit langem existierenden osmanischen Frage gegenüber der Türkei bereits von Anfang an erhebliche Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten angestrebt hat, während die ursprünglichen Pläne für die Zukunft der Mittelmächte im eigentlichen Sinn, Deutschlands und Österreich-Ungarns, alles andere als radikal waren. G. setzt sich dafür ein, in die auf dem Internationalen Historikerkongreß in Bukarest (1980) neu aufgenommene wissenschaftliche Diskussion über die Pariser Friedenskonferenz von 1919/20 auch diese Kriegsziele einzubeziehen (I, S. 221–239). – Mit der „ungarischen Frage“ auf der nächsten Pariser Friedenskonferenz, durch die die europäischen Verbündeten Hitlers – Rumänien, Bulgarien, Italien, Ungarn und Finnland – völkerrechtlich korrekt aus dem Kriegszustand entlassen werden sollten (1946/47), beschäftigt sich Sándor Balogh. Auf ungarischer Seite wollte man in der diplomatischen Vorbereitung (Reisen von Regierungsdelegationen nach Moskau, Washington und London) wie auf der Konferenz selbst vor allem erreichen, daß die bereits 1945 *manu militari* vorgenommene Wiederherstellung der Trianon-Grenzen mit der Tschechoslowakei und Rumänien durch den Friedensvertrag nicht bestätigt, sondern durch eine national gerechtere Linienführung ersetzt würde. Zumindest sollten, analog zu den Minderheitenschutzverträgen nach dem Ersten Weltkrieg, in die neuen Friedensverträge Klauseln zur Sicherung der in Zukunft wieder einer andersnationalen Herrschaft unterstehenden Madjaren aufgenommen werden. Doch in der nichtsovjjetischen Welt, namentlich in Großbritannien und den USA, war man nicht bereit, den Madjaren zuliebe von dem Grundsatz abzugehen, der Territorialstand von 1937 sei zu restaurieren, und verwies im übrigen auf die Grundrechtskataloge in der tschechoslowakischen und in der rumänischen Verfassung, die auch den hier lebenden Madjaren zugute kommen würden. Letztlich entscheidend war aber wohl, daß die tschechoslowakische wie die rumänische Regierung es als Sieger (ČSR) oder Verbündeter der vorletzten Stunde (Rumänien) abgelehnt haben, die ungarischen Vorschläge auch nur zu diskutieren, und daß sie darin von der Sowjetunion nachdrücklich unterstützt wurden (I, S. 19–41).

Wie bei den früheren ungarischen Veröffentlichungen zu den Internationalen Historikerkongressen ist auch diesmal für die außerungarische Forschung die Auswahlbibliographie von besonderer Bedeutung (Bd. III). Die Titel, jeweils mit französischer und russischer Übersetzung, sind nach Sachgebieten geordnet. Daß im Unterschied dazu nicht auch die Aufsätze nach Themengruppen oder Epochen gegliedert wurden, sondern daß hier die alphabetische Reihenfolge der Verfassernamen das einzige Ordnungsprinzip ist, erschwert die Benutzung, ist aber der einzige Fehler dieses respektablen Opus.

Köln

Peter Burian